

With the "Yellow Ribbons" campaign, the DBwV is giving politicians the opportunity to show members of the Bundeswehr as the end of the year approaches:

Mit der Aktion „Gelbe Bänder“ gibt der DBwV den Politikerinnen und Politikern zum nahenden Jahresende die Gelegenheit, den Angehörigen der ihre Wertschätzung und Anerkennung zu zeigen: Wir denken an Sie! Uns ist es bewusst, dass wir als Mitglieder des Bundestages Sie oft in beschwerliche und gefährliche Einsätze entsenden. Uns ist klar, dass es gerade zum Jahresende, wenn die Feiertage anstehen, es nicht einfach ist, von Familie und Freunden getrennt zu sein. Botschaften, welche die Parlamentarier gerne loswerden möchten - das zeigt der Andrang, der zeitweise am Stande des Verbandes herrscht.

67 years of the Bundeswehr: Ceremonial pledge on the occasion of the anniversary

Es war Volkstrauertag am Wochenende, und doch wurde auch gefeiert: Am Samstag war der 67. Geburtstag der Bundeswehr. Und das, wie es sich gehört, im entsprechend würdigen Rahmen. Im Bendlerblock legten 400 Rekrutinnen und Rekruten ihr Feierliches Gelöbnis ab, und auch andernorts gaben am 12. November, dem Gründungstag der Bundeswehr, junge Frauen und Männer das feierliche Versprechen ab, Deutschland und seine Werte zu verteidigen.

„Sie dienen der Armee eines frei gewählten Parlaments, in einer Parlamentsarmee. Und damit dienen Sie allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes“, sagte Verteidigungsministerin Christine Lambrecht vor den Rekrutinnen und Rekruten sowie zahlreichen Gästen aus Militär, Politik und Gesellschaft. Für den DBwV vor Ort: Der Stellvertreter des Bundesvorsitzenden, Oberstleutnant i.G. Marcel Bohnert.

Lambrecht dankte den jungen Männern und Frauen, die nach Angaben der Bundeswehr aus Appen, Berlin, Nienburg an der Weser, Parow, Prenzlau und Rheine kamen, für ihre Bereitschaft, treu zu dienen – wenn nötig, auch unter Einsatz ihres Lebens. Mit Blick auf die Sicherheitslage in Europa und den mörderischen Angriffskrieg Russlands in der Ukraine erhält ein Feierliches Gelöbnis junger Menschen in der Bundeswehr in diesen Tagen einen noch herausgehobeneren Stellenwert, als dies ohnehin schon der Fall ist.

Auch andernorts gelobten junge Soldatinnen und Soldaten, „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“. So etwa im

rheinischen Brühl, wo 250 Rekrutinnen und Rekruten der Streitkräftebasis diesen besonderen und einmaligen Moment ihrer Dienstzeit bei der Bundeswehr erlebten. Sie sprachen die Gelöbnisformel in der eindrucksvollen Kulisse von Schloss Augustusburg, historische Residenz der Kölner Kurfürsten.

Ammunition crisis in the Bundeswehr

Berlin. Wegen der schleppend angelaufenen Vollausrüstung der Bundeswehr wächst die Kritik: Bisher habe die Bundesregierung kaum Munition, Waffen und Ausrüstung bestellt, obwohl Unternehmen in Vorleistung gegangen seien, sagte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV), Hans Christoph Atzpodien, am Montag der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. Er wies Warnungen des SPD-Vorsitzenden Lars Klingbeil zurück, der in der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin“ eine Beschaffung im Ausland ins Spiel gebracht hatte – gewissermaßen eine Androhung.

Dagegen warf vor allem die Union im Bundestag Verteidigungsministerin Christine Lambrecht und Kanzler Olaf Scholz (beide SPD) Tatenlosigkeit vor, wo doch das Geld mit 100 Milliarden Sonderverschuldung bereitgestellt wurde. Am Montag stand im Kanzleramt ein Treffen „auf Beamtenebene“ mit Vertretern der Rüstungsindustrie auf der Tagesordnung, zu dem aber nicht weiter kommuniziert werde, wie Regierungssprecher Steffen Hebestreit sagte.

Klingbeil liege „ziemlich falsch“, sagte Atzpodien am Montag. Unmittelbar nach der Zeitenwende-Regierungserklärung des Kanzlers am 27. Februar habe das Verteidigungsministerium 250 Unternehmen in einer Video-Schleife aufgefordert, alle Möglichkeiten zu mobilisieren, um die Bundeswehr schnellstmöglich „gefechtsbereit“ zu machen. Die Unternehmen hätten binnen einer Woche Angebote für notwendige Ersatzteile, für Munition und andere Güter im Wert von etwa 10 Milliarden Euro vorgelegt.

„In den folgenden Wochen und Monaten konnte jedoch kaum etwas bestellt werden, weil im Bund noch das Regime der ‚vorläufigen Haushaltsführung‘ galt“, sagte Atzpodien. Großunternehmen wie auch kleine Mittelständler hätten entschieden, „angesichts der Dringlichkeit auf eigenes Risiko in Vorleistung zu gehen“. So habe ein deutsches Großunternehmen seine Kapazität nahezu verdoppelt und Fertigungslose im Wert von rund 700 Millionen Euro für Munition und Fahrzeuge angeboten, „ohne dass es bisher zu nennenswerten Abschlüssen gekommen wäre“. Ein Mittelständler habe auf eigenes Risiko Vormaterial geordert, dann sei der Beschaffungsauftrag ins Ausland gegangen.

Lambrecht war mit großer Ansage ins Amt gestartet. „Hubschrauber, die nicht fliegen, Gewehre, die nicht treffen, haben zu oft für Gespött gesorgt“, sagte sie und betonte, da sei „ein ganz dickes Brett“ zu bohren. Sie wolle das Beschaffungswesen gründlich modernisieren, eine flexiblere Haushaltsführung, ein verändertes Vergaberecht und mehr Effizienz. Lambrecht: „Mein Spruch ist immer: Wenn es einfach wäre, würden es andere machen.“

Unionsfraktionsvize Johann Wadephul warf ihr nun Tatenlosigkeit vor. „Ohne ausreichende Munition ist keine Armee der Welt einsatzbereit. Es ist deswegen ein unfassbares Versagen, dass Ministerin Lambrecht bis dato scheinbar nichts unternommen hat, um die Munitionskrise der Bundeswehr zu beenden“, sagte er. Nun versuche das Kanzleramt es mit einem Treffen, „an dem aber scheinbar weder der Kanzler noch die Fachministerin teilnehmen“.

Die FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, hielt ihm dafür Ignoranz und frühere Versäumnisse in dem seit 2005 von der Union geführten Ministerium vor. „Herr Wadephul sollte es als CDU-Parlamentarier besser wissen. Im Jahre 2015, ein Jahr nach dem Überfall auf den Donbass, hat die Union 296 Millionen Euro für Munition im Haushalt veranschlagt. Heute stehen dafür 1,125 Milliarden Euro bereit.“ Waffendepots müssten erst wieder aufgebaut werden.

Laut Bundeswehrverband fehlt Munition im Wert von 20 bis 30 Milliarden Euro. Das Problem sei seit Jahren bekannt, und der Termin im Kanzleramt sei eigentlich schon zu spät, sagte der Bundesvorsitzende Oberst André Wüstner im Interview mit RTL/ntv. Es sei schade, dass man sich im Kanzleramt darum kümmern müsse. „Eigentlich hätte man schon früher beginnen können“, so Wüstner.

Der Grünen-Vorsitzende Omid Nouripour sagte, dass im Kanzleramt über Munition gesprochen werde, sei sehr zu begrüßen. „Dass unsere Partner in der Ukraine auch bei Munition Hilfe brauchen, ist mehr als offensichtlich“, sagte er. Und auch bei der Bundeswehr müsse sich die Lage bessern, jenseits von Schuldzuweisungen zwischen Industrie und dem Verteidigungsministerium. Nouripour: „Wenn ich das richtig sehe, ist zurzeit bei der Bundeswehr ausreichend Munition da im Ernstfall für zwei Tage. Und das ist natürlich absolut zu wenig. Und das muss sich sehr, sehr schnell ändern.“

Bundestag votes with large majority for continuation of Bundeswehr mission in Iraq the deployment of the German Armed Forces in Jordan and Iraq will continue for another year - this was decided by a large majority in the Bundestag today.

Berlin. Weiterhin werden bis zu 500 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr den Kampf gegen den Islamischen Staat in der Levante unterstützen, indem sie die irakischen Streit- und Sicherheitskräfte ausbilden und beraten sowie Aufgaben der Luftbetankung, der Aufklärung und der Lagebilderstellung übernehmen. Nach der Debatte stimmten 535 Abgeordnete für die Fortsetzung des Einsatzes, 104 dagegen und fünf Parlamentarier enthielten sich bei der namentlichen Abstimmung.

Zuvor hatten die Vertreter der Regierungskoalition ihre Argumente dargelegt. Sara Nanni (Bündnis 90/Die Grünen) sagte, die deutschen Soldaten seien es, die dafür sorgen, „dass der IS nicht wieder Fuß fassen kann im Irak“. Nanni blickte auf die Verbrechen zurück, die ab 2014 vom so genannten Islamischen Staat begangen worden sind. Zeitweise seien bis zu zwölf Millionen Menschen der Schreckensherrschaft der Radikal-Islamisten ausgesetzt gewesen. „Es bleibt auch im Rückblick Wahnsinn. Gut, dass das vorbei ist“, sagte die Grünen-Politikerin. Nicht vorbei seien allerdings Anschläge des IS und anderer Milizen im Irak, daher sei die Fortsetzung des internationalen Engagements so wichtig.

Ulrich Lechte (FDP) sagte, die „schrecklichen Verbrechen“ des IS in Syrien und im Irak dürften nicht vergessen werden, auch wenn nun alle Blicke auf den Angriffskrieg Russlands in der Ukraine gerichtet seien. Der IS müsse als Bedrohung weiterhin ernstgenommen werden. „Er kontrolliert zwar keine Gebiete mehr, aber er existiert noch im Untergrund und verübt Terroranschläge auf kritische Infrastruktur und Vertreter des irakischen Staates“, sagte der FDP-Politiker.

Dass der Irak Sicherheit brauche, betonte Dr. Kristian Klinck (SPD). Dies werde in den kurdischen Autonomiegebieten deutlich, „in denen sich im Schutz der Sicherheitskräfte ein lebendiges gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben entwickelt hat“. Ziel sei, diese Sicherheit auf den gesamten Irak zu übertragen.

Johann Wadephul (CDU) sagte die Unterstützung der Unionsfraktion bei dieser Abstimmung zu. Es sei richtig, den Kampf gegen den IS fortzusetzen und ebenso sei es richtig, für Stabilität im Irak zu sorgen und damit auch Flüchtlingsursachen zu bekämpfen. „Deutschland hat hier eine wichtige Rolle und die CDU/CSU-Fraktion steht hinter diesem Mandat“, sagte Wadephul. Doch der Unionspolitiker hatte auch kritische Anmerkungen: „Woran es fehlt, ist irgendeine Strategie dieser Bundesregierung für diese Region.“ Einsätze seien wichtig, aber man könne „nicht erst einen Einsatz machen und dann über die Strategie für die Region nachdenken“.

AfD und Linke lehnen den Einsatz ab. Jan Nolte (AfD) warf der Regierung vor, in diesem wie in anderen Einsätzen über „kein klares Konzept, keine klare Erfolgskontrolle“ zu verfügen. Eine Exitstrategie gebe es auch nicht.

Bundeswehr to withdraw from Mali by May 2024

Bis Mai 2024 soll der Bundeswehr-Einsatz in Mali beendet sein – darauf haben sich laut Informationen des „Spiegel“ Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne), Verteidigungsministerin Christine Lambrecht und Entwicklungsministerin Svenja Schulze (beide SPD) geeinigt.

Nach dem Treffen im Kanzleramt wollen Lambrecht und Baerbock noch am Nachmittag die Außen- und Verteidigungspolitiker des Bundestags über die Abzugspläne informieren, so „Spiegel Online“ weiter. Zuvor hatte Uneinigkeit in der Ampel-Koalition geherrscht: Verteidigungsministerin Lambrecht sah eine Fortsetzung des Einsatzes skeptisch, das von Baerbock geführte Außenressort wollte den Einsatz hingegen fortsetzen. Die nun erzielte Einigung, das Engagement erst im Mai 2024 zu beenden, ist als Kompromiss zu werten.

Nach „Spiegel“-Informationen soll der Abzug der Bundeswehr ab Sommer 2023 beginnen. Ende Mai kommenden Jahres läuft das aktuelle Mandat aus, so dass der Bundestag die deutsche Beteiligung an der UN-Mission MINUSMA ein weiteres Mal verlängern müsste.

Invictus Games Düsseldorf 2023: The starting signal has been given

In exakt einem Jahr ist es so weit: Ab dem 9. September 2023 starten in Düsseldorf die Invictus Games. Unter dem Motto „A Home For Respect“ treten dann rund 500 verwundete, verletzte und kranke Soldatinnen und Soldaten aus 21 Nationen in zehn verschiedenen Sportarten in einem freundschaftlichen Sportwettbewerb an. Darüber hinaus werden etwa 1000 Familienangehörige und Freunde der Athleten zum Event in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt erwartet.

Zum offiziellen Startschuss für die Invictus Games Düsseldorf 2023 war der Schirmherr der Spiele, Prinz Harry, Herzog von Sussex mit seiner Frau Meghan, Herzogin von Sussex, an den Rhein gekommen. Harry, der als Offizier der British Army zwei Kampfeinsätze in Afghanistan absolvierte, hatte die Invictus Games im Jahr 2014 initiiert. Bei der Veranstaltung „One year to go“ begeisterte Harry die anwesenden Gäste aus Bundeswehr, Wirtschaft und Gesellschaft. Bodenständig, sympathisch und interessiert seien Harry und Meghan aufgetreten, lobten Sportler der deutschen Mannschaft, die im kommenden Jahr zu den Spielen antreten werden. „Die beiden haben hier eine sehr gute Werbung für die Invictus

Games gemacht“, sagte Oberfeldwebel Maik Mutschke, der im nächsten Jahr zum ersten Mal teilnehmen wird. „Ich hoffe, dass die Veranstaltung durch ihren Auftritt eine größere Aufmerksamkeit bekommen wird.“

Brigadegeneral Alfred Marstaller, Leiter des Projektteams der Invictus Games Düsseldorf 2023, Dr. Stephan Keller, Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, Siemtje Möller, Parlamentarische Staatssekretärin im Verteidigungsministerium, und Generalleutnant Markus Laubenthal, stellvertretender Generalinspekteur der Bundeswehr, nahmen die Royals in Düsseldorf in Empfang. „Viel zu oft zahlen Soldaten und ihre Angehörigen einen hohen Preis für ihren Einsatz“, sagte Harry. „Bei den Invictus Games geht es darum, ihnen den Dank und Respekt zu zollen, den sie verdienen.“

Für den DBwV nahmen der frühere stellvertretende Bundesvorsitzende und heutige Ehrenvorsitzende Oberstabsfeldwebel a.D. Jürgen Görlich und Oberstleutnant Lutz Meier, Landesvorsitzender des Landesverbands West, an der Auftaktveranstaltung teil. „Der DBwV unterstützt die Invictus Games, wo immer es geht“, sagte Meier, der genau wie Görlich den Abend nutzte, um sich mit zahlreichen Vertretern aus der Bundeswehr und auch mit den – aufgrund der Sitzungswoche im Bundestag - wenigen Vertretern aus der Bundespolitik auszutauschen. „Mich erfreut das Interesse an den Invictus Games 2023. Der schönste Moment war für mich persönlich, zum ersten Mal an diesem Abend auf die Mannschaft zu treffen“, sagte Görlich. SPD-Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Verteidigungsausschusses Johannes Arlt und die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Marie-Agnes Strack-Zimmermann hatten den Weg nach Düsseldorf gefunden, was bei allen Teilnehmern große Anerkennung fand.

Die Invictus Games Düsseldorf 2023 besitzen über den sportlichen Aspekt hinaus auch großes Potenzial, die Wertschätzung für an Seele und Körper verwundete, verletzte und erkrankte Soldaten in Deutschland zu erhöhen. „Die Invictus Games sind eine einmalige Chance, um Deutschland bei diesem Thema voranzubringen“, sagte der Stellvertreter des DBwV-Bundesvorsitzenden, Oberstleutnant i.G. Marcel Bohnert. „Wir müssen und werden sie nutzen.“

Das sieht Siemtje Möller (SPD), parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Verteidigung, ähnlich: „Es wird viel über die Bundeswehr gesprochen, aber oft werden Soldatinnen und Soldaten nicht als Teil der Gesellschaft, als Individuen gesehen. Es geht um Menschen, die in der Mitte der Gesellschaft stehen, die ihrem Land dienen, den Frieden bewahren, andere schützen und für unsere Demokratie einstehen“, sagte sie. Man solle unseren Soldatinnen und Soldaten die Aufmerksamkeit schenken, die sie verdienen.